



1. Protokoll des Einwohnerrats Beringen

vom 17. Januar 2023, 20.00 Uhr
Restaurant Gemeindehaus, Saal 1

Vorsitz:	Elisa Elmiger	Präsidium
Protokoll:	Barbara Zanetti	Aktuariat
Anwesend:	Gerold Baur	Einwohnerratsmitglied
	Hugo Bosshart	Einwohnerratsmitglied
	Beatrix Delafontaine	Einwohnerratsmitglied
	Florian Donno	Einwohnerratsmitglied
	Marcel Holenstein	Einwohnerratsmitglied
	Ralph Meier	Einwohnerratsmitglied
	Christian Näf	Einwohnerratsmitglied
	Bernhard Oettli	Einwohnerratsmitglied
	Lukas Ruedlinger	Einwohnerratsmitglied
	Roman Schlatter	Einwohnerratsmitglied
	Jörg Schwaninger	Einwohnerratsmitglied
	Thomas Widmer	Einwohnerratsmitglied
	Roger Paillard	Gemeindepräsidium
	Fabian Hell	Gemeinderatsmitglied
	Corinne Maag	Gemeinderatsmitglied
	Luc Schelker	Gemeinderatsmitglied
	Astrid Schlatter	Gemeinderatsmitglied
	Florian Casura	Gemeindeschreiber

Gäste:

Entschuldigt:

Der Einwohnerratspräsidentin Elisa Elmiger begrüsst die anwesenden Einwohnerräte, die Gemeinderäte, Medien und Gäste zur 21. Einwohnerratssitzung des Jahres 2023. Einladungen und Traktandenliste wurden rechtzeitig zugestellt. Es sind keine Änderungswünsche zur Traktandenliste vorhanden.

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 5. Sitzung vom 13. Dezember 2022 ist allen Gremienmitgliedern zugestellt worden. Es wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

Verhandlungen

ER-2023-1	6	Raumplanung, Bau und Verkehr
	6.3	Tiefbau
	6.3.1	Strassen, Wege, Plätze, Kunstbauten (Brücken, Unterführungen, Stützmauern), sonstige öffentliche Anlagen: Erschliessung, Bau, Belagsanierung, Werkleitungen (SIA Phasen 1-5)

Bericht und Antrag über die Neugestaltung der Kreuzung Trasadingerstrasse H13 – Haardaublick (Bömmliacker Ost) Beringen

Astrid Schlatter und Christian Näf gehen in den Ausstand.

Luc Schelker:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Anwesende

Damit sich die projektierten Industriebetriebe auch in Beringen ansiedeln können, muss das Industriegebiet "Haardaublick" erschlossen werden. Für diese Erschliessung braucht es einen Einlenker in die H13.

Das Kantonale Tiefbauamt realisiert diesen Einlenker. Gemäss der Verordnung über Beiträge der Grundeigentümer der Gemeinde Beringen werden die Kosten den Grundeigentümern des zu erschliessenden Perimeters verrechnet. Da der Kanton nicht mit Privaten zusammenarbeitet, muss der Einlenker von der Gemeinde vorfinanziert werden.

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und dem Beitrag der Gemeinde Beringen für die Neugestaltung der Kreuzung H13-Haardaublick von brutto CHF 437'000.00 inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10%, Preisbasis: 3. Quartal 2022) unter den Vorbehalt des fakultativen Referendums zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Lukas Ruedlinger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Die SP/GLP-Fraktion hat die Vorlage über die Neugestaltung der Kreuzung Trasadingerstrasse H13 – Bömmliackerstrasse Ost intensiv diskutiert. Grundsätzlich begrüssen wir diese Neugestaltung mit der entsprechenden Erschliessung der Industriezone Bömmliacker. Inhaltlich können wir die Vorlage nachvollziehen. Auch die Tatsache, dass es sich bei den Kosten lediglich um eine Vorfinanzierung handelt – die Kosten also der Grundeigentümerin später weiter belastet werden – erachten wir als positiv. Bis dahin – so weit so gut.

Hohe Wellen geschlagen hat in unserer Fraktion nicht die Neugestaltung an sich, sondern die Frage, wer dann nach Fertigstellung täglich und nächtlich mit welchem Gefährt über diese neue Kreuzung fährt und viel und wie laut und wie hell. Das diese Fragen – und Fragen zu Emissionen rund um das neue Postlogistikzentrum - auch andere Einwohner beschäftigt, wird spätestens nach dem Lesen von Leserbriefen und Flyern oder im Gespräch mit anderen Dorfbewohnern klar und deutlich. Uns ist bewusst, dass diese Punkte nicht Inhalt der Vorlage sind. Nichtsdestotrotz bitten wir an dieser Stelle alle Entscheidungsträger von Gemeinde und Kanton um eine weitsichtige Post-Projekt-Beurteilung punkto Verkehrsaufkommen, Licht, Lärm und um Rücksicht auf alle Langsamverkehr-Teilnehmer auf dem angrenzenden Veloweg.

Die SP/GLP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage.

Thomas Widmer:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Wir haben die Vorlage zur Kenntnis genommen und in der Fraktion diskutiert. Grundsätzlich sind wir damit einverstanden, haben jedoch noch einen Änderungsantrag, den wir bei der Detailberatung vorbringen werden.

Die SVP-Fraktion ist einstimmig für das Eintreten.

Marcel Holenstein:

Geschätzter Präsidentin, werte Anwesende

Auch unsere Fraktion hat diese Vorlage mit Interesse studiert. Gleich wie die anderen beiden Fraktionen hatten wir auch das Gefühl, dass es eine Notwendigkeit sei und, dass man diese Erschliessung machen muss. Über alle anderen Nebenkosten gibt es Diskussionen, welche man an einem anderen Ort führen sollte, aus diesem Grund sind wir auch fürs Eintreten.

Detailberatung

Roman Schlatter:

Geschätzte Präsidentin, Werte Anwesende

Thomas hat es vorher gesagt, wir werden einen Änderungsantrag bringen. Ich würde diesen hiermit grad bringen. Es geht um den Punkt 7; Kontierung:

«Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Auslagen für die Erschliessung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verrechnet werden können.»

Wir finden es fatal, wenn man schreibt der Gemeinderat «geht davon aus», denn laut meinen Informationen gibt es hierzu einen Bundesgerichtentscheid, dass diese Kosten eins zu eins abgewälzt werden. Wenn wir nun einem Antrag zustimmen, in dem steht «geht davon aus», finde ich das ein gefährliches Signal.

Darum stellen wir den Antrag diesen Passus umzuschreiben, so dass klar ist, dass man diese Kosten den Eigentümern eins zu eins weiterverrechnet.

Luc Schelker:

Ich hatte es anfangs so dem Gemeinderat beantragt. Wir haben es dann aber anders formuliert, da es in der Vergangenheit schon einmal einen Fall gegeben hatte, bei dem angezweifelt wurde, dass man dies so weiter verrechnen kann. Aber ich kenne diese Geschichte nicht, ich war damals noch nicht im Gemeinderat.

Jörg Schwaninger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende,

ich möchte Roman sein Votum nochmals unterstützen. Meiner Meinung nach kann es ja nicht sein, dass wir eventuell auf CHF 225'000.00 hocken bleiben, weil nur 50% von den Kosten von den Grundeigentümern bezahlt werden. Wir hatten es auch bei der letzten Einwohnerratssitzung bereits angesprochen, und die Aussage war klar: es ist ein Nullsummenspiel, und das muss auch so sein.

Aus diesem Grund hoffe ich, dass auch die anderen Parteien dem Änderungsantrag von Roman zustimmen.

Luc Schelker:

Was wir sicher machen werden, ist, vorab, bevor das Projekt startet, die Grundeigentümerin informieren, dass sie das Zahlen muss. Anschliessend wenn die Abrechnung da ist, werden ihr die Gesamtkosten in Rechnung gestellt. Allerdings wenn sie das anfechtet und irgendein Richter was anderes sagt, können wir dies nicht beeinflussen.

Roman Schlatter:

Das verstehe ich auch. Ich finde einfach, dass es ein falsches Signal ist, welches hier gesendet wird. Klar wenn es zu einen Gerichtsfall käme, dann kann sich dies noch ändern. Aber meiner Meinung nach, sollten wir so auftreten, sodass unsere Aussage klar sagt: die Kosten verrechnen wir weiter, und so ist es auch immer kommuniziert worden.

Roger Paillard:

Geschätzte Frau Präsidentin, werte Anwesende

Die gesetzliche Grundlage ist klar. In der Verordnung über die Beiträge der Grundeigentümern Art. 6 Abs. 3. steht: «In der Industriezone werden die Kosten für die Erschliessungswerke (gemäss Artikel 2 dieser Verordnung) zu 100 % auf die Grundeigentümer überwältzt.» Der Grundeigentümer ist informiert, dass ist nichts Neues und die Rechnung wird auch so gestellt.

Thomas Widmer:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich würde es auch sehr begrüßen, wenn wir das, was Roman gesagt hat, hier so explizit erwähnen könnten. Es geht im Endeffekt um eine halbe Million, und da dürfen wir gar keine Angriffsfläche bieten, wie es Jörg bereits gesagt hat. Nicht, dass jemand den Antrag durchliest und meint er könnte hier doch noch was herausholen.

Lisa Elmiger:

Ich wiederhole also: Der Antrag verlangt dass, der Satz «Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Auslagen für die Erschliessung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verrechnet werden können.» gestrichen wird, und durch folgenden Satz ersetzt wird:

«Die Kosten werden 1 zu 1 den Grundeigentümern verrechnen.»

Somit wäre der Prozess bis zum Verrechnen geklärt. Was dann hintenraus passiert, dies ist uns allen klar, können wir nicht beeinflussen.

Roman Schlatter:

Das ist tiptop so.

Hugo Bosshart:

Ich würde den Antrag mit dem Gesetzesartikel, welcher Roger Paillard erwähnt hat, ergänzen. Den Antrag unterstütze ich auch von meiner Seite.

Lisa Elmiger:

Dann bitte ich Roger Paillard mir die Verordnung und die Artikelnummer zu wiederholen.

Roger Paillard:

Es ist die Verordnung über die Beiträge der Grundeigentümern Art. 6 Abs. 3.

Man muss aber noch sagen, dass es im gleichen Reglement im Art. 2 heisst: «Die Beiträge dürfen den Vorteil, der dem Grundstück erwächst, nicht übersteigen.»

Das ist der Grund, wieso der Gemeinderat den Antrag so formuliert hat wie ihr ihn hier lest. Nehmen wir jetzt an, dass das Projekt welches dort geplant ist, scheitert, dann ist es denkbar das dieser Artikel zur Geltung kommt.

Trotzdem ist die Gemeinde klar der Meinung, dass die Erschliessung gemacht wird, und diese voll verrechnet wird.

Lisa Elmiger:

Wenn niemand mehr hierzu etwas ergänzen möchte, würden wir nun über den Antrag von Roman abstimmen. Der Satz bei Kontierung:

«Die Kosten sind im Budget 2023 mit CHF 450'000.00 eingestellt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Auslagen für die Erschliessung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verrechnet werden können.» wird dabei durch «Die Kosten werden 1 zu 1 den Grundeigentümer verrechnet, gemäss Verordnung über die Beiträge der Grundeigentümern Art. 6 Abs. 3.» ersetzt.

Florian Casura:

Formell kann der Inhalt des Antrages nicht geändert werden. Es kann jedoch eine Ergänzung zum Schluss des Antrages gemacht werden, sozusagen zum Beschluss einen weiteren Beschluss.

Lisa Elmiger:

Dann stimmen wir nach dem Beschluss darüber ab. Wird weitere Diskussion verlangt?

Florian Donno:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ist die Bonität der Grundeigentümer sichergestellt?

Luc Schelker:

Ich kenne die Bankauszüge der Firma nicht, aber wir gehen davon aus, dass dies sichergestellt ist. Das gesamte Land gehört ja auch dieser Firma. Wenn man dies mit einem Landpreis hochrechnet, dann ist dies sichergestellt.

Florian Donno:

Bezüglich der AG: wenn der Landverkauf nicht stattfindet oder dieses Postzentrum aus irgendwelchen Gründen nicht realisiert werden kann, dann wirft der Landverkauf auch keinen Gewinn ab; d.h. die AG kann die halbe Million dann eventuell nicht bezahlen.

Roger Paillard:

Das Land gehört nicht einer AG.

Lisa Elmiger:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Also kommen wir zur Abstimmung und im Anschluss stimmen wir über den Antrag von Roman Schlatter ab.

Beschluss

Die Vorlage über die Neugestaltung der Kreuzung Trasadingerstrasse H13 – Haardaublick (Bömmliacker Ost) Beringen wird **einstimmig mit 11 Stimmen** genehmigt und der Beitrag der Gemeinde Beringen für die Neugestaltung der Kreuzung H13 - Haardaublick von brutto CHF 437'000.00 inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10%, Preisbasis: 3. Quartal 2022) wird unter dem Vorbehalt des fakultativen Referendums (Artikel 16 lit. i) der Verfassung der Einwohnergemeinde Beringen) **bewilligt**.

Antrag Roman Schlatter

Die Bruttoinvestitionen von CHF 437'000.-- werden dem Konto 6.6150.5010.017 (Gemeindestrassen - Bömmliacker Ost) belastet. ~~Die Kosten sind im Budget 2023 mit CHF 450'000.00 eingestellt. Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Auslagen für die Erschliessung den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern verrechnet werden können.~~ Die Kosten werden 1 zu 1 den Grundeigentümern verrechnet, gemäss Verordnung über die Beiträge der Grundeigentümern Art. 6 Abs. 3. Diese Beiträge werden dann dem Konto 6.6150.6370.00 (Gemeindestrassen - Beiträge von Privaten) gutgeschrieben werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Astrid Schlatter und Christian Näf kehren an den Tisch zurück.

ER-2023-2	6	Raumplanung, Bau und Verkehr
	6.4	Mobilität
	6.4.1	Gesamtverkehr
	6.4.1.7	Ergänzende Angebote

Bericht und Antrag zum Carsharing Angebot in Beringen

Roger Paillard:

Sehr geehrter Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Gäste

Die SP/GLP Fraktion hat im Dezember 2019 ein Postulat zum Thema Carsharing im Einwohnerrat eingereicht. In seiner Stellungnahme vom 27. Oktober 2020 begrüsst der Gemeinderat den parlamentarischen Vorstoss. Aus der Diskussion ging hervor, dass sich das Engagement der Gemeinde eine unterstützende Funktion beschränken soll.

Es ist dem grossen Engagement des Postulanten Benni Oettli sowie Herrn Beat Winterflood zu verdanken, dass in Zusammenarbeit mit Swiss E-Car, der AEW Energie AG und SH Power seit November 22 in Beringen eine attraktive und zukunftsfähige Form der Mobilität angeboten werden kann.

Die Leistungen der Gemeinde beschränken sich auf das zur Verfügung stellen eines Parkplatzes bei der Gemeindeverwaltung, der Kostenübernahme für die Stromzuleitung zur Ladestation sowie den Kosten für den Strom des Sharing Fahrzeugs.

Da die anfallenden Kosten im Kompetenzbereich des Gemeinderates liegen, erübrigte sich ein Antrag beim Einwohnerrat. Der Gemeinderat beantragt ihnen heute den Bericht zum Carsharing Angebot in Beringen im wohlwollenden Sinn zur Kenntnis zu nehmen und das Postulat Carsharing Angebot in Beringen als erledigt abzuschreiben.

Eintretensdebatte

Bernhard Oettli:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Es freut mich, dass ich an dieser Stelle für ein «Eintreten in eigener Sache» plädieren kann.

Die Einführung des Carsharings in Beringen ist für mich ein gutes Beispiel das zeigt, wie die Mühlen der Politik oft langsam mahlen, dass dabei aber am Ende im günstigen Fall doch ein sehr positives Ergebnis erzielt werden kann.

Ende Dezember 2019 hat die SP/GLP Fraktion das Postulat CarSharing im Einwohnerrat eingereicht und damit den Anstoss zur Einführung des angestrebten Carsharings in Beringen gegeben. Ende November 2022 – also ziemlich genau 3 Jahre später – ging das CarSharing in Beringen in Betrieb.

Dabei sieht das realisierte Projekt um einiges anders aus, als ich mir das Ende 2020 vorstellte. Die heutige Lösung ist dank geschickter Wahl und günstiger heutiger Konstellation der Partner, sowie deren Wille, im Markt CarSharing Schweiz eine führende Rolle zu spielen um einiges innovativer und für die Gemeinde Beringen kostengünstiger als die im Postulat skizzierte Variante:

- auf Basis Elektroauto
- keine Verpflichtungen als Nutzer/Kunde, kein Abo oder Mitgliedschaft nötig, attraktive Tarife
- mehrheitlich auf privater Basis finanziert (keine de facto Defizitgarantie der Gemeinde nötig)
- Vertrag mit Swiss E-Car für erste Phase über 4 Jahre

Die SP/GLP Fraktion ist überzeugt, dass mit dieser Lösung der Bevölkerung von Beringen und Umgebung eine zusätzliche, attraktive, umweltfreundliche und zukunftsorientierte Option für die individuelle Mobilität geboten werden kann.

Ich möchte an dieser Stelle dem Gemeindepräsidenten ein Kränzchen winden für seine Rolle und Engagement in diesem Projekt. Roger Paillard nahm sich des Carsharings von Beginn an persönlich an, war immer sehr initiativ, die Kommunikation mit ihm funktionierte sehr gut und er war immer sehr bestrebt, zusammen mit mir und den weiteren Partnern nach Lösungen und Alternativen zu suchen, wenn unerwartet Stolpersteine und Hindernisse auftraten. Ich schätzte die Zusammenarbeit sehr. Dafür herzlichen Dank!

Spätestens mit am Startanlass E-CarSharing Ende November wurde klar, dass die Umsetzung in der Realität das politische Projekt (mit Prüfung Angebote, Lancierung Pilotprojekt, Ausarbeitung Vorlage für ER, etc.) sozusagen überholt hat und das Postulat als erledigt betrachtet werden kann.

Die SP/GLP Fraktion ist für Eintreten.

Beatrix Delafontaine:

Es gibt nicht mehr allzu viel, zu dem was du gesagt hast, beizutragen. Die FDP/EVP Fraktion hat es nicht so ausführlich diskutiert, aber wir sind natürlich sehr froh, dass das Projekt so zustande gekommen ist. Auch wir sind natürlich für Eintreten.

Jörg Schwaninger:

Geschätzte Präsidentin, wert Anwesende

Auch wir von der SVP haben diese Vorlage diskutiert. Benni hat mehr oder weniger alles schon gesagt. Wir haben aber zum Schluss noch einige Fragen.

Detailberatung

Thomas Widmer:

Geschätzte Präsidentin, wert Anwesende

Die eine Frage wurde bereits beantwortet. Es läuft jetzt mal 4 Jahre, ist das richtig?

Bernhard Oettli:

Ja richtig.

Thomas Widmer:

Gibt es hier irgendwann mal einen Zwischenbericht, wie es läuft, wie es benutzt wird? Oder ist das nun eine rein private Firma, welche da jetzt dran ist.

Bernhard Oettli:

Natürlich interessiert es mich auch brennend. Diejenigen die es bereits genutzt haben, oder einen Versuch gemacht haben, haben gesehen, dass kein Kalender ersichtlich ist worin man sieht, wie viel es genutzt wird. Entweder das Auto ist frei oder eben nicht. Darum habe ich unsere Partner angeschrieben, dass es mich interessieren würde und ob man hier ein paar Zahlen erhalten könnte. Das haben sie so in mündlicher Form zugesagt. Ich werde also Ende März mal nachfragen und fragen, ob man dort was publik machen kann.

Roman Schlatter:

Du hast ja erläutert, es sei eine private Firma, welche das organisiert. Ich habe noch eine konkrete Frage: wenn diese Firma nun in 4 Jahren meint, es rentiert sich nicht hier ein Elektroauto hinzustellen, da es zu wenig genutzt wird, was machen wir dann? Sucht dann die Gemeinde eine neue Lösung, oder ist es das dann gewesen? Das hat man ja in diversen Gemeinden auch schon erlebt, z.B. in Trüllikon.

Roger Paillard:

Wenn etwas angeboten wird, was gar keine Nachfrage hat, dann muss man es dann wieder streichen. Es würde mich wundern, wenn es denn so wär. Meine ganz persönliche Hoffnung ist eigentlich, dass die Nachfrage so gross sei, dass man eventuell noch ein zweites Auto braucht und, dass Swiss E-car dann immer noch am Bord wär. Ich hoffe wir müssen ganz viel Stromkosten bezahlen, weil es so oft gebraucht wird. Es ist auch für uns interessant zu wissen, wie oft dieses Auto genutzt wird, im Moment steht es noch recht viel dort. Aber ich schreibe das dem Winter zu, und dem Grund, dass es noch nicht so bekannt sei, man muss dem ganzen einfach etwas Zeit geben. Ich bin froh, dass die Testdauer 4 Jahre dauert.

Hugo Bosshard:

Ich bin ein überzeugter E-Auto Fahrer, und habe seit 2 Jahren selber eins. Ich bin begeistert und habe mir natürlich auch die APP heruntergeladen und reserviert. Mich würde noch interessieren, ob das Auto mit einer 85KW Batterie oder mit 77KW ausgestattet ist. In der APP steht man muss es einfach wieder zur Ladestation stellen und zum Laden einstecken. Ich frage mich aber: wenn jetzt aber, jemand abends um 10 Uhr das Auto zurückbringt und jemand anderes morgens um 3 Uhr los nach Bern muss, hat dieser dann eine volle Batterie? Hast du darüber Kenntnis?

Bernhard Oettli:

Ich bin mir nicht ganz sicher. Es ist eine relative einfache Version, soviel ich weiss ist es eine 85KW Batterie. Und ja, das mit der Batterie ist ein gewisses Risiko. Es ist aber immer, soviel ich weiss, von Swiss E-Car ein Ladepuffer vorgesehen, diesen sieht man eben auf dem Kalender nicht. Sie machen das aufgrund ihrer Erfahrungswerte.

Christian Näf:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Wenn man jetzt auf den Parkplatz hinkommt, ist momentan nur ganz klein an der Parksäule E-Car Sharing angeschrieben, ist da vom Gemeinderat noch eine grössere Tafel geplant? Wird es noch irgendwie bekannt gemacht?

Roger Paillard:

Im Moment ist ja der Parkplatz noch etwas provisorisch. Das liegt an dem Altersheim und dem noch fehlenden Lift. Wenn der Platz neu gestaltet wird, werden diese Parkplätze, sowie die Ladesäule für die Privatnutzer, beschriftet. Mir schwebt dabei ein Schild vor, damit man es gleich klar sieht, um es auch etwas publik zu machen.

Lisa Elmiger:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Also kommen wir zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Vorlage zum Carsharing Angebot in Beringen wird einstimmig mit 12 Stimmen im wohlwollenden Sinn zur Kenntnis genommen und das Postulat Carsharing Angebot in Beringen wird als erledigt abgeschlossen.

ER-2023-3	6	Raumplanung, Bau und Verkehr
	6.3	Tiefbau
	6.3.2	Strassen, Wege, Plätze, Kunstbauten (Brücken, Unterführungen, Stützmauern), sonstige öffentliche Anlagen: Bewirtschaftung, Unterhalt (SIA Phase 6)
	6.3.2.4	Öffentliche Beleuchtung

Postulat «Energieeffiziente Beleuchtung im öffentlichen Raum (Strassen und Wege) und bei gemeindeeigenen Objekten»: Stellungnahme des Gemeinderates und Beschlussfassung über die Erheblicherklärung

Stellungnahme Gemeinderat

Astrid Schlatter:

Sehr geehrter Frau Präsidentin

Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte

Ich beginne die Stellungnahme des Gemeinderates zum vorliegenden Postulat mit der gleichen Formulierung wie der Postulant seine Begründung in der letzten Einwohnerratssitzung:

Um es gleich vorwegzunehmen: Das vorliegende Postulat rennt offene Türen ein. Deshalb beantragt Ihnen der Gemeinderat, das Postulat für nicht erheblich zu erklären.

Auf den ersten Blick scheint hier ein Widerspruch vorzuliegen, denn wenn das Postulat doch offene Türen einrennt, dann stimmt doch die Stossrichtung und man könnte dem Postulat ohne weiteres zustimmen. Wie so oft liegt aber der «Teufel im Detail». Die «Visionen einer Smart City im Bereich der öffentlichen Beleuchtung», wie sie uns der Postulant bei seiner Begründung mit Begeisterung vorgetragen hat, sind tatsächlich machbar. Die Technik dazu ist vorhanden, bereits andernorts im Einsatz und die versprochenen technischen Werte im Bereich der Effizienz und der Einsatzmöglichkeiten lassen sich belegen.

Warum also ist der Gemeinderat gegen die Erheblicherklärung des Postulates?

Wie so oft, geht es letztlich ums liebe Geld, aber auch um Energie und Energie-Effizienz. Vor lauter Begeisterung über die technischen Möglichkeiten sollten wir trotzdem einen nüchternen und realistischen Blick auf die vorhandene Infrastruktur im Bereich der öffentlichen Beleuchtung werfen. Daraus lässt sich ein mögliches Einsparpotential ableiten. Dies gilt sowohl für die Kosten wie auch für die Energie. Wesentliche Fakten bzw. Kennzahlen dazu liefert der Postulant gleich selber in seinem Postulatstext:

Die Gemeinde Beringen verbraucht im Durchschnitt der letzten Jahre ca. 100'000 kWh pro Jahr für die öffentliche Beleuchtung. Diese Energie kostet die Gemeinde ca. CHF 20'000 pro Jahr, was einem Kilowattstunden-Preis von 20 Rappen entspricht [gerundete Werte].

Das Netz der öffentlichen Beleuchtung der Gemeinde weist total 678 Leuchten auf. Davon sind bereits 430 Leuchten (63%) auf LED-Technik umgestellt. Bei 248 Leuchten (37%) handelt es sich noch um konventionelle Leuchten mit Natriumdampf-Hochdruck-Technik. [Diese Zahlen weichen leicht von denen des Postulanten ab, da sie aktueller sind]. Das Energie-Einsparpotential bei der Umrüstung auf LED-Technik liegt grob bei ca. 50% pro Leuchte. Aus diesen Zahlen lässt sich daher ableiten, dass wir bei einer sofortigen und vollständigen Umstellung auf LED ca. 26.8% des heutigen Gesamtenergieverbrauchs einsparen können. In konkreten Zahlen sind dies ca. 26'800 kWh Energie im Wert von ca. CHF 5'400.

Gemäss Angaben der EKS AG ist bei einer Umstellung mit ungefähren Gesamtkosten von CHF 1'000 pro Leuchte zu rechnen. Auch ohne konkrete Offerte kann also davon ausgegangen werden, dass der umgehende Ersatz aller restlichen 248 Leuchten Kosten von über CHF 200'000 verursachen dürfte, dies bei einem Einsparpotential bei den Energiekosten von ungefähr als CHF 5'000. Auch wenn die Energiekosten ansteigen dürften, so lässt sich eine Einmal-Investition bei diesem Kosten-/Einspar-Verhältnis kaum rechtfertigen.

Auch ist zu bedenken, dass durch einen vorzeitigen Ersatz von funktionierenden Leuchten, die noch nicht am Ende ihrer Lebensdauer sind, zwar beim Verbrauch Strom eingespart werden kann, dass damit aber gleichzeitig auch einiges an «grauer Energie» vernichtet wird, welche die intakten Lampen zu ihrer Herstellung verbraucht haben. Auch diese graue Energie müsste in einer detaillierten Bilanz mitberücksichtigt und beim Einsparpotential in Abzug gebracht werden.

Trotzdem ist es nicht so, dass dem Gemeinderat dieses Einsparpotential egal ist und er das Postulat aus diesem Grund ablehnt. Vielmehr ist der Gemeinderat bereits seit mehreren Jahren daran, die Leuchtpunkte der öffentlichen Beleuchtung Zug um Zug im Rahmen des normalen Unterhalts und der

üblichen Lebensdauer-Erwartung der Leuchten auf LED umzustellen. So werden jedes Jahr einige Dutzend Leuchten umgerüstet, die entweder defekt oder am Ende ihrer Lebensdauer sind. Eine genauere Zahl lässt sich hier nicht nennen, denn die Defekte sind manchmal häufiger und manchmal weniger häufig. Insgesamt lässt sich aber ungefähr abschätzen, dass – wenn wir mit dem bisherigen Umstellungstempo in den kommenden Jahren weiterfahren – die restlichen 248 Leuchten in ca. 5 bis 7 Jahren auf LED-Technik umgestellt sein werden.

Diese Umstellung geschieht also quasi «von selber» resp. im Rahmen der normalen und vertraglich vereinbarten Unterhaltsleistungen durch die Netzbetreiberin EKS AG. Der Gemeinderat erachtet es daher nicht für dringend erforderlich, hier ausserordentliche Aufwendungen zu tätigen. Das oben genannte Einsparpotential ist sowohl in kWh wie auch in Franken nicht so gross, dass sich solche Sonderausgaben ausserhalb des ordentlichen Unterhaltsbudgets wirklich bezahlt machen.

Das mögliche Einsparpotential wird zudem durch die aktuell bereits beschlossene Reduktion der Einschaltzeiten zusätzlich reduziert. Sie konnten den diesbezüglichen Beschluss der Präsidentenkonferenz Klettgau in den Medien Mitte November zur Kenntnis nehmen:

- Jene Beleuchtungen, welche bereits jetzt die ganze Nacht brennen (u.a. Fussgängerstreifen und Haltestellen des Öffentlichen Verkehrs) leuchten aus Sicherheitsgründen weiterhin die ganze Nacht.
- Alle übrigen Leuchten werden in den Nächten von Sonntag bis Donnerstag um 23.00 Uhr, am Freitag und Samstag um Mitternacht ausgeschaltet.
- Jeweils um 05.30 Uhr am Morgen werden die Leuchten wieder eingeschaltet.
- Die Ein- respektive Ausschaltzeiten während der Dämmerung werden durch die EKS AG optimiert.

Diese Massnahmen sind bereits umgesetzt. Das Einsparpotential der Massnahmen lässt sich nur schwer abschätzen. Nicht alle Leuchten sind betroffen und zudem sind die Schaltzeiten der Dämmerungsschalter wetterabhängig. Wir schätzen die mögliche Einsparung auf ca. 10%.

Als wir mit der EKS AG diese Massnahmen im September 2022 besprachen, haben wir von der EKS AG eine Offerte verlangt für die Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes der Gemeinde Beringen mit Guntmadingen. Diese Offerte haben wir am 7. November 2022 erhalten und sie beinhaltet unter anderem folgende Hauptthemen:

- Der Bestand von konventionellen Leuchten sollte jährlich durch LED-Leuchten reduziert werden (Energieeffizienz), Einsparpotential hoch.
- Ganznachtanteil (119 Leuchten) sollte korrigiert werden auf Halbnacht wo möglich (weitere Einsparungspotential).

Konkret könnte gemäss Aussagen der EKS AG mit den Massnahmen «Leuchtenwechsel» sowie «Ganznachtanteilminderung» und weiteren Optimierungsmassnahmen gemäss Konzept ca. 60% der heutigen Kosten eingespart werden.

Mögliche Massnahmen:

- Priorität 1, Umbau auf LED
- Priorität 2, Ganznachtanteil reduzieren auf Halbnacht

Es braucht Begehungen, um die Strassen zu klassifizieren. Die Resultate werden ausgewertet und in einem Bericht für den Gemeinderat zusammengestellt.

Aufwand:

- 1 Vorbesprechung
- ca. 3 - 4 Begehungen in der Nacht ca. 5 Std. (Winter ab ca. 17 Uhr)
- 1 Auswertungssitzung, 1 Besprechung der Resultate und erstellen des Berichts
- Vorstellung Konzept an einer Gemeinderatssitzung, diskutieren der Lösungsvorschläge
- Planerstellung der ganzen Gemeinde (Übersichtsplan Schaltungen, Übersichtsplan Produkte und Klassifizierung)
- Ausarbeitung Projekt und Kostenvoranschlag mit Terminplan

Kosten Konzept und Projekt -und Terminplan: Pauschal CHF 9'500.00.

Der Gemeinderat nimmt diese Kosten gerne ins Budget 2024 auf, wenn dies an der Infrastrukturkommissionssitzung Tiefbau im Jahr 2023 besprochen wurde.

Wie Sie sehen, ist der Gemeinderat bereits aktiv am Massnahmen umsetzen:

- dies im Rahmen des normalen Unterhalts
- momentan mit Stromsparmassnahmen durch optimierte Schaltzeiten (ob dies so bleibt, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht definiert werden)
- Offerte für Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes

Deshalb empfiehlt Ihnen der Gemeinderat das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Hugo Bosshart:

Geschätzte Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und -Kollegen

Die ablehnende Antwort des Gemeinderates auf mein Postulat ist natürlich naturgemäss nicht in meinem Sinne.

Der vom Gemeinderat in Aussicht gestellte Ersatz der noch bestehenden Natriumhochdruckdampflampen bis ins Jahr 2027 in allen Ehren, doch dies entspricht keiner Effort-Leistung im Sinne einer Gemeinde mit Weitsicht. Vielmehr entspricht dies einem normalen zeitlichen Ablauf beim Ersatz von alten, an die Grenze ihrer Betriebsdauer stehenden Beleuchtungskörper. Der einfache Ersatz von bestehenden alten Leuchten durch Leuchten der neuen Generation spricht LED-Lampen ist mir zu einfach. Vielmehr müsste doch die Intention des Gemeinderates sein, zu evaluieren, was den die Entwicklungen und die neuen Möglichkeiten der Beleuchtungstechnologie des 21. Jahrhundert sind.

Unbestritten sein dürfte, dass LED-Lampen (LED; Light Emitting Diode) im Unterschied zu Natriumdampflampen mit 100'000 zu 48'000 Std. eine markant längere Betriebsdauer aufweisen, einen viel geringeren Unterhalt benötigen, sie viel mehr Licht auf den Boden bringen (höhere Lichtausbeute) und von den Anschaffungskosten her den herkömmlichen Leuchten gleichwertig sind. Somit ist klar, dass ein Ersatz der heute bestehenden 269 Stück Natriumdampflampen gerade auch aus wirtschaftlicher Sichtweise Sinn macht.

LED-Lampen verfügen im Gegensatz zu den Natriumdampflampen über die Möglichkeit einer Dimmung des Lichtanteils von 1 – 100%. Nicht zuletzt aufgrund dieser Eigenschaft, eignen sich LED-Lampen besonders zur Beleuchtung des öffentlichen Raumes.

Das Postulat folgt dem Grundsatz: „So viel Licht wie nötig, so wenig wie möglich“. Beim herkömmlichen System werden die Lampen über zentrale Dämmerungsschalter am Abend automatisch ein- und am Morgen wieder ausgeschaltet. Dabei misst ein Sensor die natürliche Helligkeit und sendet das Signal zum Ein- und Ausschalten, wenn ein bestimmter Sollwert überschritten ist. Da nebst können die Leuchten über sog. Ganznacht- und Halbnachtkommandos ein- und ausgeschaltet werden (EKS).

Aktuell (seit 21.11.2022) sind die Abschaltzeiten in unserer Gemeinde am Sonntag bis Donnerstag auf 23:00 Uhr und am Freitag sowie Samstag auf 24:00 Uhr eingestellt. Am Morgen werden die Leuchten generell um 05:30 Uhr wieder eingeschaltet.

Das Postulat möchte an den vorgenannten Ein- und Ausschaltzeiten nichts ändern. Vielmehr wird der Gemeinderat mitunter veranlasst zu prüfen, ob im Zusammenhang mit einer Umstellung auf ein Lichtmanagement-System auf eine Ganznachtschaltung verzichtet werden kann. Die Vorzüge von Lichtmanagement-Systemen sind, dass Strassenleuchten einzeln, oder ganze Strassenzüge angesteuert werden können. Damit kann die Beleuchtung der Strassen und Plätze etc. dem effektiven Bedarf angepasst werden. Erwiesen ist, dass der Einsatz eines Lichtmanagement-Systems in Bezug auf den Stromverbrauch am meisten Einsparungen bringt. Dies insbesondere bei einem dynamischen System mit separaten Sensoren. Ein weiterer Vorteil eines Lichtmanagement-Systems ist die laufende Information über defekte Lampen oder den aktuellen Energieverbrauch der Beleuchtung.

Ganz grundsätzlich wird der Gemeinderat bei einer Überweisung des Postulates aufgefordert, anhand eines Gesamtkonzeptes aufzuzeigen, wo, wie und zu welchen Zeiten das Strassen- und Wegnetz auf dem Gemeindegebiet beleuchtet werden soll.

Was für Private gelebte Praxis ist, sollte auch im öffentlichen Raum Einzug halten. So ist es für Hausbesitzer heute selbstverständlich, dass insbesondere im Aussenbereich dimmbare Beleuchtungskörper eingesetzt werden. Dies nicht zuletzt um das störende Dauerlicht zu eliminieren und durch das Sparen von Stromkosten das eigene Portemonnaie zu schonen. Wieso ist dies z.B. bei den Velounterständen der Gemeinde nicht so? Es wäre in diesem Zusammenhang auch die Frage zu beantworten, weshalb der neue Velounterstand auf der Ostseite der Schule dauerhaft beleuchtet ist, aber die anderen beiden Unterstände gar nicht?

Zusammenfassend möchte ich sagen:

Es ist mir ein Anliegen zu betonen, dass ich in Beringen keinen Falls bei der öffentlichen Beleuchtung den Stecker ziehen möchte. Auch mir ist die Sicherheit unserer Einwohnerinnen und Einwohner wichtig. Mit dem vorliegenden Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, den Ersatz von alten Natriumdampflampen durch LED-Lampen mit dem Ausbau des Systems auf den neusten Stand der Technik zu verknüpfen. Dies mit dem erklärten Ziel: „Soviel Licht wie nötig, so wenig wie möglich“.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Astrid Schlatter:

Wo ich im 2011 in den Gemeinderat gewählt worden bin, wurden kurz vorher die Quecksilberdampflampen verboten. Daraufhin hat die Gemeinde Beringen zügig alle Lampen auf LED umgestellt. Ich meine mich zu erinnern, es war dazumal eine Vorlage von CHF 300'000.00. Ich möchte das einfach nochmals erwähnen, um zu zeigen, dass wir bezüglich Beleuchtung nicht schlafen. Ausserdem möchte ich nochmals betonen, dass im September 2022 bereits mit dem EKS besprochen wurde, dass sie uns ein Beleuchtungskonzept ausarbeiten. Bezüglich den CHF 9'500.0, welche ich vorher angesprochen habe, diese konnte ich im September nicht mehr mit ins Budget nehmen da dieses bereits gemacht worden war. Die Idee des Gemeinderates wäre daher, dass in der Infrastrukturkommission Tiefbau, dies besprochen wird und im 2024 der Plan vom EKS ausgearbeitet wird. Wenn nun der Wunsch des Rates ist, dies früher in die Wege zu leiten, dann müsste ich beim Gemeinderat einen Nachtragskredit einfordern. Ich muss aber ehrlich sagen: ich verstehe, Hugo, was du damit bezwecken möchtest, aber ich habe schon 2013 mit dem EKS ein Smart City Konzept angeschaut, und klar wäre es cool, wenn ich über ein Tablet alles steuern könnte, aber, ob eine solche Spielerei Sinn und Zweck ist, weiss ich nicht. Ich denke, das kann uns die EKS, welche hier Profi ist, besser aufzeigen.

Hugo Bosshart:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich will einfach sagen, der Ersatz von alten Lampen mit neuen Lampen ist «old style».

Wenn ich etwas Neues baue, nehmen wir z.B. den Veloständer, dann sage ich ja auch nicht: «copy paste», weil der Alte zu klein ist, dann sage ich auch: «ok, was gibt es jetzt Neues auf dem Markt?»

Dann stelle ich fest es gibt doppelstöckige Veloständer, das ist schon mal das Erste.

Wenn ich unsere Veloständer unten sehe, ist das für mich ein Flugplatz. 3 offizielle Beleuchtungskörper, in Abstand von 10 Metern und 6 Lampen die toujours brennen. Genau das Gleiche haben wir am Schulhaus, toujours. Wir haben um das Schulhaus noch 6 alte Rundlampen, das zeugt für mich auch nicht als Weitsicht. Es ist einfach eine Tatsache: wir kämpfen um Biodiversität etc., wir haben Lichtsmog und nebst dem, wäre das Ziel, die Lampen nicht nur zu ersetzen, sondern weiterzugehen, und zu schauen, was den uns die Technologie bietet.

Es gibt, meiner Meinung nach, schon seit 2017, Städte, welche mit einer Technologie ausgestattet sind, welche das Licht auf ein gewisses Niveau herunter dimmen kann, und sollte ein Auto vorbeifahren das Licht wieder hinauffahren kann.

Vielleicht noch eine Ergänzung zu der grauen Energie, du hast gesagt, das Verbot ist 2015 gekommen, und man hat sie bis zum 2017 ersetzen müssen. Die Gemeinde hat hier wirklich aufgeräumt, damals war die graue Energie kein Thema. Heute, wenn in der Schule die Laptops ersetzt werden müssen, auch wenn sie noch funktionsfähig sind, spielt es keine Rolle; auch in Guntmadingen hatten wir Leitungen bei denen es hiess, die könnten 100 Jahre halten, aber bei uns sagt man: die Leitungen werden nach 60 Jahren ersetzt. Auch bei den Autos im Werkhof, spricht niemand von grauer Energie.

Ich finde es etwas schade, wenn man hier das Argument der grauen Energie bringt. Ich muss ehrlich sagen, ich habe mir diese Frage auch gestellt, und habe das EKS gefragt, ob man diese Natriumdampflampen als Reserve einlagern kann, dies ist nicht möglich. Diese werden eingeschmolzen und anderweitig wiederverwendet.

Bezüglich des Budgets: als ich im 2015 angefangen habe, hatte man mir gesagt, was nicht im Budget ist, wird nicht realisiert; aber nach und nach hat es immer wieder Sachen gegeben welche ausserhalb des Budgets realisiert wurden. Ich bin der Meinung, dass wenn man den zeitlichen Horizont von 3 Jahren (eine realistische Zahl wie mir auch die EKS versichert hat) sieht, dann kann man vielleicht einen ersten Antragskredit stellen und dann den ordentlichen Kredit im Budget aufnehmen.

Der grosse Wechsel, wie du ihn nennst, ist meiner Meinung nach, einem herkömmlichen Wechsel, von alt gegen neu, aber nichts weiter. Das finde ich schade.

Astrid Schlatter:

Wir haben die graue Energie erwähnt, weil sie dazu gehört. Eine Bemerkung bezüglich den Veloständern am Bahnhof: dieser war vorher nicht beleuchtet, dann kam der Wunsch auf, dass man diesen beleuchtet. Dass dieser momentan etwas zu stark beleuchtet ist, kann ich nachvollziehen, dem kann man nachgehen. Aber, das eine mal ist der Wunsch da, das nächste Mal ein anderer.

Bezüglich dem Beleuchtungskonzept, hier brauchen wir einen Spezialisten, weil wir intern, können es nicht. Das ist der Ablauf, welcher sich der Gemeinderat so vorgenommen hat, und drum ist mein Votum: wir sind auf dem Weg und beantragen dieses Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Die Fraktionen besprechen sich 10 Minuten.

Debatte über die Erheblicherklärung

Bernhard Oettli:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich möchte noch 1-2 Punkte herausheben:

1. Der erste Punkt ist mir in der Stellungnahme der Gemeinde etwas zu wenig hervorgehoben worden: wir reden hier einerseits von einer alten Beleuchtungstechnologie, und andererseits vom Lichtmanagement, vor allem ein dynamisches, welches Hugo hervorgestrichen hat, eines mit Sensoren. Das eine hat grundsätzlich nichts mit dem anderen zu tun. Jetzt einfach zu sagen, wir ersetzen die Lampen so und so, und sonst bleibt alles beim Alten. Das kann es nicht sein. Hier wäre mir schon wichtig, dass daran gearbeitet wird. Der Veloständer ist hier ein gutes Beispiel, dass dieser bei der Schule z.B. in der Nacht, wenn ihn niemand braucht, nicht die ganze Zeit beleuchtet bleibt.
2. Der zweite Punkt, welchen wir in unserer Fraktion soeben besprochen haben, ist, dass es keinen Grund gibt mit der Ausarbeitung dieses Beleuchtungskonzept zuzuwarten. In der heutigen Zeit, wenn wir das für diese CHF 9'500.00 haben können, sollten wir unbedingt vorwärts machen.

Jörg Schwaninger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich möchte Hugo kurz fragen, ob ich das richtig verstanden habe: Smart City heisst für dich, dass wir alle bestehenden Lampen raus nehmen, dann ein Lichtkonzept erarbeiten, und diese Lampen mit Lampen ersetzen welche man dimmen kann bzw. über einen Sensor steuern kann. Die bestehende LED-Technik, welche die Gemeinde immer wieder bei den Strassensanierungen erneuert hat, kann das ja nicht. Verstehe ich das richtig?

Hugo Bosshard:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Also es ist schon so, Jörg. Ich sage die Gemeinde sollte einen Plan, basierend auf ein System, ausarbeiten. Vielleicht kommt man dann ja mit dem EKS auf eine Lösung welche besagt, dass alle Lampen rausnehmen zu teuer ist. Aber zumindest auf den Hauptachsen sollten unsere Lampen so aufgewertet werden, dass sie mit Sensoren ausgerüstet werden, damit man sie dort dimmen kann. Aber das wäre eigentlich eine Sache vom Gemeinderat, das zu realisieren, bzw. uns ein Gesamtkonzept vorzuführen. Wenn ich laufen gehe, sehe ich z.B. bei der KBA Hard, dass dort einfach die Lampen brennen, auch wenn dort kein Knochen ist. Es gibt also sicher Bereiche in unserer Gemeinde, wo wir die Beleuchtung, meiner Meinung nach, abschalten könnten, und dann sollten wir die Hauptachsen definieren und dort sollten die Lampen mit Sensoren ausgestattet werden, mit so einem Management System. Das finde ich das Minimum.

Das heisst aber nicht, dass jede LED-Lampe rausgerissen werden oder neu ausgestattet werden muss.

Jörg Schwaninger:

Du bist jetzt der Meinung, dass die Lampen, welche dazumal auf der Schaffhauserstrasse saniert wurden, das ist für dich eine Hauptverkehrsachse, rausreisen sollte und mit dimmbaren Lampen ersetzen sollte? Diese sind 7-jährig.

Hugo Bosshard:

Aber diese die man entfernt kann man ja anderweitig wieder einpflanzen.

Bei diesen neuen Lampen, wurden ja auch die die ganzen Lampen ersetzt, sondern nur die Kandelaber.

Astrid Schlatter:

Erstens zu dir Bernhard: ja wir brauchen ein Beleuchtungskonzept. Das werden wir zusammen mit dem EKS erstellen. Das können wir nicht alleine als Gemeinde stemmen. Das ist das Ziel dieser Offerte.

Zweitens, wie ich erwähnt hatte, bin ich bereit dem Gemeinderat einen Nachtragskredit zu stellen.

Drittens, betreffend dimmbare Lampen: wir haben in der Gemeinde Beringen bereits 4 dimmbare Lampen, diese sind beim Mühleweg, und wir haben diesbezüglich bereits einige Erfahrungen sammeln können. Es ist eine sensible Technik, welche man auch pflegen muss.

Das andere, da muss man schon aufpassen: bei Kantonsstrassen redet der Kanton auch mit, bezüglich der öffentlichen Beleuchtung.

Ich muss ausserdem ganz ehrlich sagen, ich hätte wirklich Mühe diese Lampen, entlang dieser Ortsdurchfahrt wieder rauszureissen. Wenn denn das der Wunsch ist, dann ja, aber im Moment haben wir 4 dimmbare Lampen in der 30iger Zone, welche herabfahren und wenn jemand durchfährt wieder nach

oben fahren. Ich muss aber sagen, ich bin schon länger nicht mehr dort durchgelaufen, ich kann daher nicht sagen, ob sie immer noch funktionieren, ich glaube nicht. Es wurde dazumal vor allem wegen den Fledermäusen im alten Schulhaus gemacht, auch im Hägliweg haben wir spezielle Lampen installiert, wegen den Flugbahnen, da sind wir schon sehr sensibel. Ich sage dies, weil es einige Leute im Rat hat welche noch nicht solange dabei sind.

Hugo Bosshard:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Erstmal sollte man abklären, ob man die bestehenden Lampen mit Sensoren aufrüsten könnte und nicht einfach ersetzen. Beim Mühleweg bin ich nachts bestimmt schon 10-mal durchgelaufen, diese funktionieren überhaupt nicht mehr: aber dies interessiert die Gemeinde ja gar nicht, die sind so und die lässt man einfach so.

Sie sind halt auch von der ersten Generation. Ich behaupte mal, diese Lampen sind mindestens 10-Jährig. Ich muss ehrlich sagen, ich sehe kein «Pfupf» im Gemeinderat. Für mich ist nicht verständlich, dass die Lampen nicht dimmbar sind. Ich verstehe nicht, wieso man beim Veloständer bei Bahnhof die Lampen einfach bei der nächsten Lampe angehängt hat; egal ob sie dann einfach auch dann einschaltet, wenn die andere Lampe sich einschaltet. Das sollte doch ein normales Gedankengut sein, dass man sagt: es gibt Dimmer, schon seit 10-15 Jahren, wieso installiert man nicht solche?

Roman Schlatter:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich möchte einfach nochmal etwas ins Bewusstsein rufen, und zwar was passiert, wenn wir dieses Postulat als erheblich erklären. Dies hat Investitionen zur Folge, und zwar wahrscheinlich nicht nur die 9'500.00 CHF für das Konzept, sondern dieses hat dann ja weitere Investitionen als Folge.

Wenn wir nun anfangen unsere komplette Beleuchtung abzuändern, hat das sicher hohe Kosten. Ich möchte aber hier nichts mutmassen, sondern nur ins Bewusstsein rufen, dass wir jetzt immer grosse Investitionen getätigt haben, und in der letzten Budgetdebatte auch darüber diskutiert wurde, dass wir Investitionen sorgfältiger tätigen und eher die Schulden tilgen sollten. Wenn wir nun eine Baustelle nach der anderen aufreissen, dann werden wir nicht mehr fertig mit Investieren. Ich denke beim Gemeinderat ist die Sensibilität für die Beleuchtung da, und ich finde wir sollten dem Gemeinderat nun das Vertrauen und die Zeit geben. Sollte nichts gehen, kannst du immer wieder ein Postulat bringen.

Jörg Schwaninger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich habe noch eine Frage an Hugo: Beim Veloständer, so wie ich das nachvollziehen kann, ist der Strom vom nächsten Kandelaber gespeist worden. Was würdest du als Privatperson machen, wenn du den Kosten-Nutzenfaktor in Betracht ziehen würdest: würdest du eine neue Erschliessung für diese 6 Lampen machen? Oder gehst du an den nächsten Kandelaber und schliesst dort die Lampen an?

Als zweites: ich habe in Beringen manchmal das Gefühl, dass wenn man zu viel Geld hat, man auch zu viel ausgeben möchte. Wir diskutieren in diesem Rat zum Teil Sachen, welche andere Gemeinden gar nicht diskutieren würden. Ich finde einen Plan vom EKS sinnvoll, aber alles raus und alles neu kann ich persönlich nicht unterstützen.

Christian Näf:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Also, ich habe das Postulat auch unterschrieben, und ich bin ganz sicherlich nicht dafür, dass wir LED-Lampen welche wir, ich glaube, die Erste im Benze, installiert haben wieder rausreissen. Wie gesagt, ich finde es gut wenn man Besserungen anbringt. Beim Veloständer ist es z.B. gar kein Problem: man kann diesen dort angeschlossen lassen, wo er jetzt angeschlossen ist, und man schaltet einen Sensor dazwischen. Das gibt nicht so viele Kosten, das ist, glaube ich, sogar in der Budgetkompetenz von Astrid Schlatter. Ich finde es gut, wenn man das Konzept dieses Jahr bereits erstellt und dann vielleicht nächstes Jahr schon mit der Umsetzung anfängt mit einem Ziel von 5 Jahren statt 6-7 Jahren, und dass man nicht die Hauptverkehrsachse macht, Hugo, denn dort wären die Lampen immer bei 100%. Dort spart man nicht so viel, sondern bei den Nebenachsen, wie beim Leuenhof. Die grössten Einsparungen hat man bei den Nebenverkehrsachsen. Aber ein Beleuchtungskonzept weiss diese Sachen genau, ohne neue LED-Lampen auszureissen sondern ersetzt die alten Lampen.

Astrid Schlatter:

Ich möchte nur sagen: der Gemeinderat hat «Pfupf». Die Vorlage Beleuchtung Veloständer ist hier im Einwohnerrat diskutiert worden, wir sollten einfach etwas aufpassen.

Der Gemeinderat schaut wirklich, wenn es irgendwo geht, dass wir auf den neuesten Stand sind. Ich glaube, das können wir bei allen Liegenschaften sagen. Ich erwähne es auch jedes Jahr, dass wir froh sind wenn Reklamationen betreffend öffentliche Beleuchtungen an uns herangetragen werden. Bezüglich dem Mühleweg: ich habe gesagt, ich bin schon lange nicht mehr dort durchgelaufen und ich habe bis heute keine Reklamation bekommen. Ich bin auch nicht im ganzen Dorf unterwegs, also bitte meldet euch wenn etwas nicht geht.

Hugo Bosshart:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich möchte einfach noch ergänzen:

Der Pfupf ist dahingehend gewesen, nicht dass der Gemeinderat nicht macht sondern dahin dass er nicht viel weiter studiert. Der Ersatz von Alten zu Neuem, das ist gut, aber man geht nicht weiter; es gibt keine neue Technologie, in Bezug auf die Beleuchtung. Ich nehme das Input von Christian Näf gerne entgegen, wenn er sagt, dass man in den Nebenachsen viel mehr sparen kann, das ist ja vielleicht dann auch ein Input von den Fachleuten der EKS. Bezüglich dem Mühleweg: du kannst keine Reklamationen erhalten wenn es immer brennt, immer gleich. Die Leute wissen doch nicht, dass dieser Pöppel hinten dran ein Sensor sein soll.

Astrid Schlatter:

Ich nehme dies zur Kenntnis. Ich sage nur, du hast gesagt der Gemeinderat hat keinen Pfupf und das, muss ich ganz ehrlich zurückweisen. Wir versuchen mit unseren finanziellen Mitteln korrekt für die Gemeinde und die Bewohner zu arbeiten.

Gerold Baur:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Wir können hier noch lange diskutieren. Ich hätte einen Wunsch an Astrid Schlatter, wie du gesagt hast, dass das Referat Tiefbau das Konzept bereits dieses Jahr dem EKS in Auftrag gibt. Dann liegen die Fakten auf dem Tisch und wir wissen was auf uns zukommt.

Astrid Schlatter:

Ich betone nochmals: ich brauche ein Beleuchtungskonzept, weil hier drinnen niemand weiss, was korrekt ist, auch ein Hugo welcher sich sehr informiert hat, weiss nicht was wirklich machbar ist.

Ich bin gerne bereit einen Nachtragskredit zu stellen. Wenn es mit dem EKS gut läuft dann haben wir allenfalls bereits zur Infrastrukturkommissionsitzung Tiefbau die Ergebnisse, allenfalls berufen wir eine zweite Sitzung ein.

Beschluss

1. Das Postulat «Energieeffiziente Beleuchtung im öffentlichen Raum (Strassen und Wege) und bei gemeindeeigenen Objekten» wird mit 5 zu 7 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

ER-2023-4	3	Gesellschaftliches
	3.1	Sport
	3.1.2	Anlässe und Projekte

Postulat «Vita Parcours in Beringen: Stellungnahme des Gemeinderates und Beschlussfassung über die Erheblicherklärung

Stellungnahme Gemeinderat

Astrid Schlatter

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte

Der Gemeinderat hat von den Initianten des Postulates bereits einiges an Informationen zur Erstellung eines Vita Parcours in Beringen erhalten. Wie der Postulant bereits im Postulatstext und in seiner Begründung (siehe Einwohnerratsprotokoll vom 1. November 2022) erwähnt, hat die FDP-Vorbereitungsarbeiten geleistet und Kontakt mit der Stiftung Vita Parcours aufgenommen. Daraus ergaben sich einige Punkte und Rahmenbedingungen, die entscheidend sind, um die Realisierbarkeit des Projektes beurteilen zu können und auch dessen Kosten abzuschätzen. Zusammen mit der Stiftung wurde – ausgehend vom Badi-Parkplatz - eine mögliche Linienführung entlang der östlichen Talflanke des Liebenlosentals evaluiert und in einer ersten Einschätzung als machbar beurteilt. Diese Beurteilung basiert auf einer Begehung mit der Bevölkerung und einer ersten Abklärung mit der Stiftung Vita Parcours. Erste lose Gespräche mit betroffenen Grundeigentümern wurden ebenfalls schon geführt. Diese Gespräche sind durch die Gemeinde wieder aufzunehmen.

Als zwingende Randbedingung verlangt die Stiftung, dass die Gemeinde die Trägerschaft für den Parcours übernimmt. Eine Mithilfe und Unterstützung insbesondere durch die Initianten ist zwar nicht ausgeschlossen, aber die Verantwortung würde klar bei der Gemeinde liegen.

Anlässlich der Postulatsbegründung wurden in diesem Rat bereits die Frage nach den Betriebs- und Unterhaltskosten gestellt. Neben einer jährlichen Generalrevision im Frühjahr ist auch ein laufender Unterhalt und eine Kontrolle des Parcours erforderlich. Hier wäre es interessant, von den Initianten zu erfahren, ob eine Beteiligung von ihrer Seite an solchen Arbeiten in Aussicht gestellt werden kann. Eine von den Initianten zugesicherte Mithilfe beim Unterhalt wird schon im Postulatstext (2. Absatz) ausdrücklich zugesichert. Der Gemeinderat hält an dieser Stelle fest, dass er im Fall einer Umsetzung darauf zurückkommen wird. Gerold Baur hat eine solche Mitwirkung bereits an der letzten Einwohnerratssitzung anhand des Beispiels von Rafz erwähnt.

Selbstverständlich sind für den Gemeinderat auch die Erstellungskosten ebenso relevant. Allein für die Geräte ist gemäss ersten Vorabklärungen mit Kosten von mind. ca. CHF 40'000 zu rechnen (Beschaffung und Bau und – besonders aktuell – die Teuerung). Weitere Kosten insbesondere für den Wegebau sind ohne vertiefte Abklärungen nicht abschätzbar.

Neben den Kosten stellt sich für den Gemeinderat auch die Frage der Kompatibilität mit dem Naturschutz. Grosse Teile der ins Auge gefassten Linienführung liegen im kantonalen Naturschutzgebiet Kohlgruben. Die Strecke darf daher baulich keinesfalls so ausgestaltet werden, dass sie als ökologische Barriere wirken könnte. Es ist absehbar, dass eine Zustimmung der kantonalen Naturschutzbehörde nicht ohne weiteres in Aussicht gestellt werden kann. Dasselbe gilt auch für eine Zustimmung des Kantonsforstamtes. Der Gemeinderat wird diese Abklärungen aber erst bei einer Erheblicherklärung in Angriff nehmen.

Gemäss Beurteilung des Gemeinderates ist klar, dass für eine solche Anlage eine kantonale Baubewilligung erforderlich sein wird. Auch in technischer Hinsicht sind einige Fragen offen, verlangen doch die Bauanweisungen der Stiftung, dass die Geräte auf ebenen Plätzen errichtet werden müssen. Dies dürfte entlang der vorgeschlagenen Linienführung nicht so einfach sein. Allenfalls kann dies auch dazu führen, dass eine alternative Linienführung gesucht werden müsste.

Zusammenfassend sind für den Gemeinderat trotz einiger Vorabklärungen durch die Initianten noch viele und auch wichtige Fragen offen. Er ist aber bereit, dem Einwohnerrat die Erheblicherklärung des Postulats zu beantragen, um diese Fragen klären zu können. Eine weitergehende inhaltliche Auseinan-

dersetzung mit dem Vorhaben kann dann im Rahmen der beantragten Vorlage und anhand detaillierter Informationen erfolgen. Dabei muss die definitive Realisierbarkeit auf Basis der vorgeschlagenen Linienführung aus Sicht des Gemeinderates noch offenbleiben.

Der Einwohnerrat muss sich im Klaren darüber sein, dass mit der Erheblicherklärung des Postulats einiges an Aufwand verbunden sein wird, um die offenen Fragen klären zu können. Noch einmal deutlich mehr Aufwand würde dann bei einer Umsetzung der beantragten Vorlage entstehen. Neben den Anfangsinvestitionen in 5-stelliger Höhe würde damit auch auf lange Sicht ein regelmässiger Unterhaltsaufwand generiert, um die Anlage betriebsbereit zu halten.

Debatte über die Erheblicherklärung

Marcel Holenstein:

Ich möchte mich erst mal beim Gemeinderat herzlich für die Stellungnahme bedanken.

Ich freue mich ausserordentlich, dass sie das Postulat gerne überwiesen haben möchten. Es freut mich, dass der Gemeinderat der Meinung ist das Postulat sei es wert den offenen Fragen, welche wir auch festgestellt hatten, bezüglich Landbesitzer, mit dem Kanton, mit dem Forst usw. nachzugehen. Ich würde mich darum auch freuen wenn der Rat dem Vorschlag des Gemeinderates folgen würde und das Postulat als erheblich überweisen würde.

Roman Schlatter:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Wir haben das Postulat ein paarmal ausführlich in der Fraktion diskutiert. Und ich muss ehrlich sagen, die FDP macht es sich hier sehr einfach. Das war, nach meiner Meinung, ein PR Gag, welcher aus dieser Umfrage damals entstanden ist, und jetzt übergibt man das Projekt weil man gemerkt hat: „es hat ein Haufen offener Fragen“. Wir wissen auch nicht, ob man es überhaupt machen kann denn im Waldgesetz heisst es: Bauten und Anlagen im Wald, die nicht für forstliche Zwecke genutzt werden, sind im Wald grundsätzlich verboten. Kleinbauten wie erdverlegte Leitungen, Trinkwasserfassungen und Kleinantennenanlagen und dergleichen könnten eventuell bewilligungsfähig sein, es ist aber nicht gesagt das dem so sei.

Ich bin nicht gegen dem VitaParcours, aber ich bin nicht der Meinung, dass das die Gemeinde diesen realisieren und unterhalten muss. Wir haben immer wieder die Diskussion im Rat, dass die Arbeitsbelastung vom Werkhofteam zu gross sei. Ich habe das Gefühl die FDP sollte das Postulat nochmals zurückziehen und den Grundstein legen: mit den Vereinen abklären wer den Unterhalt macht, ich glaube das ist nicht passiert usw. Auch eine Machbarkeitsstudie sollte im Vorfeld gemacht werden. Zum Schluss hat die Gemeinde einen Haufen Aufwand betrieben und dann heisst es, dass es nicht bewilligungsfähig sei. Wenn die FDP das so darlegen könnte und die Gemeinde das dann so übernehmen und fertigstellen könnte, als Partner, dann bin ich dabei. Aber so finde ich es sehr sehr einfach.

Marcel Holenstein:

PR-Gag war es sicher nicht. Wir haben die Umfrage in der Bevölkerung gemacht und daraus haben wir gelesen, dass ein VitaParcours von Interesse wäre. Abklärungen haben wir soweit gemacht, dass wir mit der Zurich VitaParcours Gesellschaft Kontakt gesucht haben. Dabei wurde sehr schnell klar, dass die Gemeinde bei diesem Projekt federführend sein muss, da VitaParcours nicht mit Vereinen reden möchte. Dies war der eigentliche Auslöser, wieso wir dann auch gesagt haben, nachdem wir mögliche Routen mit VitaParcours angeschaut haben, jetzt ist der richtige Zeitpunkt die Gemeinde mit ins Boot zu holen. Dass es noch einen Haufen zu tun gibt, die ganzen Gespräche mit den Landbesitzern, mit dem Forst etc., dessen sind wir uns bewusst und da sind wir auch bereit mitzuhelfen, sollte es hier noch weitere Unterstützung brauchen. Der Rundkurs, welchen wir damals angeschaut haben, der ist nicht in Stein gemeisselt. Es kann gut sein, dass der Gemeinderat sagt, hier gibt es andere Möglichkeiten, wir haben eine andere Option. Wir sind aber davon ausgegangen, dass der Badi Parkplatz idealer Startpunkt/Zielpunkt sein könnte.

Wie schon gesagt, dass es ein Haufen Arbeit gibt, ist uns klar, und wir sind bereit als FDP, aber auch als Gruppe, die sich damals gebildet hat, den Gemeinderat zu unterstützen, aber ich glaube wichtig wärs, dass der Gemeinderat jetzt die rechtliche Seite mit dem Forst sicherstellen kann.

Roman Schlatter:

Lieber Marcel

Ich muss dir hier leider etwas widersprechen. Einer Route ist doch keine Vorabklärung, wenn du nicht mit dem Grundeigentümer redest. Du musst doch zuerst im GIS schauen wem gehört diese Parzelle im Wald, sonst kann ich auch einfach die Karte von Beringen nehmen und etwas einzeichnen. Das sind

einfach Sachen, die mir hier total fehlen. Auch die Zahl, wie viele Teilnehmer die Befragung ausgefüllt haben und wie gross wirklich der Wunsch nach diesem VitaParcours ist. Ich meine, wir hier drin, sollten eigentlich die Bevölkerung von Beringen repräsentieren, wenn das vielleicht nur 20 Leute ausgefüllt haben oder auch 100, heisst das noch lange nicht, dass das die Gemeinde Beringen will. Ich finde, damit ein Postulat, bei dem man etwas will, als erheblich erklärt wird, muss man gewisse Sachen mit rein nehmen und intensivere Vorabklärungen machen. So sagen wir eigentlich zu einem Luftschloss ja, wo wir zum Schluss gar nicht wissen, ob dies passiert. Auch bezüglich der Befragung: ich bin dieser recht vorsichtig eingestellt.

Jörg Schwaninger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Für einmal teile ich die Meinung von Roman nicht. Ich bin nämlich gänzlich gegen den VitaParcours in Beringen, und zwar aus folgendem Grund:

wir haben in 2 direkten Nachbargemeinden, Neuhausen und Neunkirch, einen VitaParcours. Was passiert wenn der Start von diesem VitaParcours beim Badi Parkplatz ist: sie fahren mit dem Auto von der Enge zum Badi Parkplatz, um diesen Parcours zu machen. Dann können sie direkt auch auf Neuhausen oder Neunkirch, von der Enge ist Neuhausen wahrscheinlich sogar näher oder gleich weit. Für mich hat Beringen manchmal einfach, das muss ich ehrlich sagen und es geht ein bisschen in die gleiche Richtung wie vorher, eine gewisse Wohlfahrtserscheinung. Wir haben z.B. den Pumptrack, Richtung Enge, welche ich scharf kritisiert habe, diese Meinung habe ich aber mittlerweile revidiert, wenn ich sehe, wie dieser genutzt wird. Bei diesem VitaParcours habe ich ernsthaft bedenken, dass dieser wirklich so genutzt wird, wie sich die FDP das vorstellt. Ich habe meinen Standpunkt Marcel bereits, als er das Postulat verschickt hat, mitgeteilt und ich bin nicht dafür, dass Beringen einen VitaParcours haben sollte. Ich finde die Gemeinde ist genug attraktiv und hat genug Freizeitbeschäftigungen in Sport und Kultur etc. darum werde ich nein stimmen.

Thomas Widmer:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Auf der Homepage der Zurich Versicherungen, wo es um den VitaParcours geht, steht, dass in 80% der Fälle die Gemeinde die Trägerschaft des VitaParcours ist. Offenbar gibt es auch andere Lösungen. Ich möchte auch nochmal die Kosten und den Aufwand für die Gemeinde in Erinnerungen rufen. Wenn das Postulat durchkommt, dann sind das Stunden, Tage, Wochen an Arbeit für Abklärungen, dann die Kosten und der Unterhalt. Ausserdem wird eine Versicherung empfohlen, dass die Trägerschaft für einen Versicherungsschutz sorgt, das möchte die Zurich Versicherung so. Ich weiss viel zu wenig über das ganze, um das Postulat als erheblich erklären zu können.

Hugo Bosshard:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Im Antrag steht ja eigentlich, im Punkt 2, dass der Gemeinderat beauftragt wird, die Planung für einen Zurich VitaParcours in Beringen auf Basis der bisherigen Erkenntnisse weiter voranzutreiben und dem Einwohnerrat eine Vorlage für Bau und Pflege eines solches Parcours zu unterbreiten. Dann werden wir wissen, was es kostet, was der Aufwand ist und ob es überhaupt realisierbar ist. Diesen Entscheid möchte ich nicht vorneweg abweisen, aus diesem Grund bin ich für eine Überweisung, damit wir überhaupt erfahren, ob es möglich ist. Wie du richtig gesagt hast, in Neuhausen gibt es einen, in Neunkirch auch, wenn ich mich nicht täusche im Wald. Also muss es aus meiner Sicht eine Möglichkeit geben dies bei uns im Wald auch aufzustellen, wenn der Eigentümer zusagt.

Roman Schlatter:

Ich habe einfach noch ein Punkt zum Wald: Wir reden im Rat von Beleuchtung und Biodiversität und dem allem. Wir müssen uns bewusst sein, dass der Wald jetzt schon sehr besucht ist. Viele fahren mit dem Velo quer durch den Wald auch dort, wo sie nicht dürften.

Ich möchte einfach sagen, dass man einerseits auf die Biodiversität schauen möchte, aber wenn es dann zum eigenen Wohl ist, und man vielleicht für den VitaParcours den Bagger nutzen muss und es den Pfad ebnen muss, spielt es dann keine so grosse Rolle mehr.

Einfach einen Pfad machen und ein paar Gerät aufstellen, so einfach ist es nicht. Ich bin selbst Waldbesitzer und ich weiss, was es bedeutet: ich muss dafür sorgen, dass dieser gepflegt ist, und wenn die Bäume auch mal schräg hängen, wer fällt diese dann? Und wie ist es versicherungstechnisch? Ich bin einfach etwas vorsichtig. Wenn es in Neuhausen und Neunkirch einen solchen VitaParcours hat, dann ist es vielleicht auch mal gut wenn man auf das Velo sitzt und nach Neuhausen fährt.

Astrid Schlatter:

Ich möchte kurz zu den Abklärungen sagen: Dem Gemeinderat ist es wirklich wichtig, dass erstens die Grundeigentümer zustimmen können, zweitens müssen wir das Kantonsforstamt und das Planung und Naturschutzamt anfragen und ich denke auch die Jagd, dürfen wir nicht ganz ausser Sicht lassen. Das sind eigentlich die ersten 4 Player welche wir, wenn überhaupt, mit ins Boot holen müssen und dann können wir weiterschauen. Es kann auch sein, dass wir dann in die Vorlage schreiben müssen, dass es nicht geht da die Eigentümer nicht wollen oder das Kantonsforstamt nein sagt. Ich bin den Bereich abgelaufen und es ist wirklich sehr schwierig, da es halt überall Hanglage ist. Der Druck auf den Wald ist stetig gestiegen und das muss man alles in eine Waagschale werfen und dann abwägen. Das alles ist dem Gemeinderat wirklich wichtig und das würden wir alles sehr gut abwägen, sobald die Vorlage kommt. Es ist auch gut möglich, dass wir sagen: «nein, sorry, es geht nicht».

Beschluss

1. Das Postulat «Vita Parcours in Beringen» wird mit 7 zu 5 Stimmen als erheblich erklärt.

ER-2023-5	0	Führung
	0.10	Strategie
	0.10.5	Jahresprogramme, Jahresziele

Kenntnisnahme Schwerpunkte 2023 des Gemeinderates Beringen

Roger Paillard

Sehr geehrter Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte
Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien
Liebe Gäste

Der Gemeinderat hat Ihnen die Erfolgskontrolle zu den Schwerpunkten 2022 sowie die Schwerpunkte 2023 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

Wie sie zweifellos bereits festgestellt haben, ist uns bei der Erfolgskontrolle beim Legislaturziel zu den steuerlichen Bedingungen ein "Copy-Paste"-Fehler unterlaufen. Wir haben an dieser Stelle versehentlich nochmals auf den fertiggestellten Kindergarten verwiesen. Der Fehler wird natürlich korrigiert; wir bitten dafür um Entschuldigung.

Den Schwerpunkten für das Jahr 2023 können Sie entnehmen, dass unter anderem der künftige Standort des Werkhofs, die IT-Umstellung, eine alters- und jugendfreundliche Gemeinde, unsere Badi, sowie die langfristige ärztliche Versorgung und damit verbunden die Areal-Entwicklung Zelg auf der Agenda stehen.

Der Gemeinderat freut sich auf die Diskussion im Rat und nimmt ihre Anregungen gerne entgegen.

Beratung

Hugo Bosshard führt durch die Schwerpunkte 2023.

Seite 2

Christian Näf:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Ich habe nur ein kleines Votum betreffend dem Webauftritt. Wenn ich jetzt alle Gemeinden anschau, welche beim Kanton angehängt sind, haben diese alle extrem langsame Websites. Ich bitte euch, die Gemeindeseite nicht am Kanton anzuhängen sondern macht eine eigene Lösung.

Seite 4

Ralph Meier:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Das leidige Thema „Elterntaxi“ fängt schon bei den Chindertagesstätten an.

Beim Chinderhuus Frühling am Schulberg ist die Situation, sagen wir mal angespannt.

Leider kommt es immer wieder zu Behinderungen, vom Durchgangsverkehr und zu unübersichtlichen und gefährlichen Verkehrssituationen mit abgestellten Fahrzeugen vor dem Eingang zur Tagesstätte.

Die Anwohner haben auch schon das Gespräch mit den Verantwortlichen vom Chinderhuus geführt. Leider hat sich die Situation auch dort noch nicht verbessert.

Astrid Schlatter:

Die Situation ist dem Gemeinderat bekannt. Wir haben das diskutiert und das Referat Tiefbau wird dieses Anliegen entgegennehmen. Wir haben bereits mit der Polizei, dem Chinderhuus und dem Tiefbaureferat am Montag, 23. Januar einen Termin abgemacht.

Seite 7

Bernhard Oetli:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Soweit ich mich erinnern mag, haben wir das Wasser- und Abwasserreglement vor ca. 2 -3 Jahren überarbeitet. Was ist hier geplant?

Astrid Schlatter:

Als wir das überarbeitet haben, haben wir vom Preisüberwacher einen Brief erhalten, es gäbe noch Punkte welche nicht so ganz genau stimmen und wir sollten doch zeitnahe dieses Reglement nochmal

überarbeiten. Wir werden hier nochmal schauen welche Punkte vom Preisüberwacher angesprochen wurden und dementsprechend anpassen. Beim Abwasserverband gibt es noch verschiedene Themen, welche wir mit dem Verband am Anschauen sind.

Seite 9

Lukas Ruedlinger:

Geschätzte Präsidentin, werte Anwesende

Dort heisst es «Die bestehenden Freizeitanlagen sind bedarfsgerecht weiterentwickelt und bieten damit für verschiedene Altersgruppen attraktive Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität.» Daneben steht dann: «In den Freizeitanlagen wird die Biodiversitätsfläche punktuell gefördert.» Mir ist aufgefallen, dass auf dem attraktiven Freiraum zwischen Badi Spielplatz und Pfadihütte, also auf der Wiese wo sich Familien treffen, eine Biodiversitätsfläche geplant ist. Ich habe mich gefragt, ob dies, wo Kinder spielen, wirklich der richtige Ort für eine Biodiversitätsfläche ist.

Astrid Schlatter:

Ich bin, mit dem Verantwortlichen des Werkhofes, welcher solche Flächen auch macht, beim Spielplatz gewesen. Wir haben uns dann auf ein Kompromiss geeinigt: Wir sind der Meinung, dass man die Spielfläche Richtung der Street Work Anlage mit so eine Biodiversitätsfläche etwas abgrenzen kann. Ihr wisst die Landwirtschaft muss Biodiversitätsfläche haben, überall, und ich bin ganz klar der Meinung es ist nicht nur der Landwirt in der Pflicht die Biodiversitätsfläche zu fördern sondern auch wir als Gemeinde und jeder einzelne hier drin sollte Biodiversitätsfläche fördern. Nur so werden wir längerfristig Biodiversitätsvielfalt in unserem Land haben.

Wir haben einen Fachmann in diesem Gebiet. Es ist ein Pilotprojekt, um mal zu schauen wie dies angenommen wird.

Lukas Ruedlinger:

Ein Anschlussvotum zu dem: ich wollte nicht sagen, dass Biodiversitätsflächen nicht wichtig sind, auch nicht dass es nicht die richtigen Fachmänner oder Fachfrauen sind, die das Beurteilen. Ich wollte einfach sagen, dass vielleicht der Ort zwischen 2 Gol links und rechts, nicht ganz ein optimaler Platz dafür ist.

Astrid Schlatter:

Wir haben das L bewusst so positioniert, es soll eine kleine Abgrenzung zur Pfadihütte und zur Streetwork geben. Das war der Gedanke.

Beschluss

1. Die Schwerpunkte 2023 des Gemeinderates Beringen werden zur Kenntnis genommen.

ER-2023-6	0	Führung
	0.5	Einwohnerrat (Legislative)
	0.5.1	Sitzungen

Verschiedenes

Luc Schelker:

Die erste Frage betrifft den Kindergarten Benze.

a.) Der Kindergarten Benze ist jetzt fertig. Es wurde eine schöne Wiese den Sommer über gesät und getränkt und jetzt ist auf dieser schönen Wiese der Spielplatz gemacht worden. War das so geplant, dass man zuerst eine schöne Wiese macht und anschliessend schwarze Platten darauf schmeisst oder war dies ein Planungsfehler?

Antwort

Die Umgebungsgestaltung beim KiGa Benzen wurde detailliert zwischen der Bauleitung, der Schulleitung, der KiGa-Lehrperson, dem Werkhof und dem Spielplatz-Ersteller abgesprochen. Diese Absprache ist protokolliert. Die Wiesenansaat über den Sommer war ein Zwischenzustand vor der Montage der Spielgeräte. Diese erfolgte unter Aufsicht und in Absprache mit der Bauleitung. Leider herrschten im Herbst bei der Montage der Spielgeräte schlechte Witterungsverhältnisse (Bodennässe). Es wurde entschieden, die Montage trotzdem zu machen. Dabei wurden Bodenschutzmassnahmen vorgenommen. Alternativ hätte bis zum Frühjahr mit der Montage der Spielgeräte zugewartet werden müssen und die Spielgeräte wären in dieser Zeit nicht zur Verfügung gestanden. Dies wollte man vermeiden.

Als Zusatzmassnahme soll im Frühjahr 2023 ein Nachwalzen der südlichen Spielfläche stattfinden und – wo nötig – eine Nachsaat des Rasens.

Bei den schwarzen Platten handelt es sich um Fallschutzmatten. Diese sind erforderlich, um der Spielplatznorm gerecht zu werden (EN 1176 / EN 1177). Der Rasen alleine hätte zu wenig sturzdämpfende Eigenschaften. Die Matten werden im Laufe des Wachstums schnell vom Rasen überwachsen (Frühjahr 2023). Gegenüber konventionellen Matten haben diese schwarzen Gittermatten den Vorteil, dass bei heissem Sommerwetter keine zusätzliche Aufheizung stattfindet und der Spielplatz mit der Bodenbedeckung aus Rasen dauernd bei angenehmen Bedingungen nutzbar bleibt, auch dann, wenn es sehr warm werden sollte. Demgegenüber heizen sich konventionelle Fallschutzmatten schnell auf und können bei hohen Temperaturen kaum mehr begangen werden. Zudem weisen sie eine kürzere Lebensdauer auf.

b.) Beim Badi Parkplatz hat es ein Fitnessareal dort hat es immer weiche Platten darunter gehabt. Seit diesem Sommer ist dort nun eine Wiese. Ist das neu Suva Konform, dass man einen Acker darunter macht? Um Sport zu machen ist dieser Acker nicht mehr so gut, wenn es regnet, kann man es so nicht mehr brauchen. Es war immer sehr gut besucht und ich finde es schade, dass nun dort die Platten weg sind.

Antwort

Die alten Fallschutzmatten waren am Ende ihrer Lebensdauer und mussten ersetzt werden. Zu den Eigenschaften der neuen Fallschutzmatten siehe die vorstehenden Bemerkungen zu den Umgebungsarbeiten beim KiGa Benzen.

Solange der Rasen noch nicht vollständig über die neuen Gittermatten gewachsen ist, ist die Gebrauchstauglichkeit eingeschränkt. Mit beginnender Vegetationsperiode im Frühjahr 2023 wird sich dies schnell verbessern. Unebenheiten werden mittels Walzen ausgebessert.

Um weiterhin eine ebene und «rasenunabhängige» Fläche für Bodenübungen zur Verfügung stellen zu können, wird geprüft, unmittelbar nordwestlich des heutigen Gerätestandortes eine zusätzliche Fläche von ca. 2 x 3 Meter mit «deckenden» Fallschutzmatten zu erstellen.

Lisa Elmiger:

Bezüglich dem Kindergarten Benze, bin ich noch nicht ganz zufrieden mit der Antwort. Meine Frage war ja, wieso man den ganzen Sommer hindurch gewässert hat, trotz des heissen Sommers und dem Wassermangel überall, und dann kommt der Herbst und man macht diese Matten drauf. Macht man das so, denn man eh Wiese braucht und es egal ist wenn man diese Matten draufmacht, oder ist diese Wiese umsonst gemacht worden. Das war meine Frage.

Das zweite bezüglich dem Badi Spielplatz: ich kann es nicht einschätzen, ob diese Matten nicht mehr gut gewesen sind. Für mich, welche oft dort war, haben diese Matten nicht so ausgesehen, als ob sie gewechselt werden hätten müssen. Da sind wir wieder bei unseren Luxusproblem. Ist das von einem Spezialisten geprüft worden? Ich finde einfach Wiese und diese Matten mit den Löchern ist der falsche

Bodenbelag um dort Sport zu machen. Aber vielleicht sind das Superspezialisten welche nie Sport machen aber Experten auf diesem Gebiet sind.

Luc Schelker:

Der Tiefbau Beringen hat mitgehört und wir werden dir nochmals eine Antwort auf diese Fragen geben.

Astrid Schlatter:

Betreffend Spielplatz Benze müsste eventuelle Fragen der Hochbau beantworten, weil dort ist immer noch das Bauherrenmandat mit Dominik Mauerer, welcher dort geschaut hat, gilt. Das ist nicht die reine Verantwortung vom Werkbauhof bzw. Tiefbau. Ein weiterer Punkt: wir hatten letztes Jahr nie Wassermangel, es war ein trockener Sommer, aber wir hatten nie Wassermangel. Die Spielplätze sind ab 2023 bei mir. Für mich ist einfach ganz klar, normalerweise müssen Spielplätze von einem BFU-Mitarbeiter begutachtet werden. Und ich habe es so gehört, dass dort diese Fallschutzmatten müssen ausgetauscht werden müsse . Es gibt hier SIA-Normen, auch für Spielplätze, und diese müssen den Normen entsprechen.

Lisa Elmiger:

Es ist aber nicht unbedingt ein Spiel- sondern ein Sportplatz.

Astrid Schlatter:

Es sind Spiel- und Sportgeräte.

Roger Paillard:

Ich habe einen Job zu vergeben: Der regionale Naturpark hat eine eigene GPK und Philippe Schultheiss ist zurückgetreten. Nun sucht man ein neues GPK-Mitglied. Die Aufgabe ist wirklich relativ beschränkt: man muss die Rechnung prüfen einmal im Jahr. Wenn jemand Interesse hat bitte bei mir melden.

Aktuariat:

Barbara Zanetti